



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Nach den Wahlen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Nach den Wahlen.



Der Wahlkampf um das Septennat ist zu Ende, er war es schon nach dem ersten Gange der Wähler zur Urne; denn die Stich- und Nachwahlen konnten zwar die Stärke der Fraktionen im neuen Reichstage noch etwas mehr oder mindern, aber nicht die bereits am 21. Februar nach der Stimmenzählung feststehende

Thatsache beseitigen, daß die bisherige Mehrheit sich in eine Minderheit verwandelt hat, die Militärvorlage der Regierung also sicher bewilligt werden wird. Das Ergebnis war für uns wie für die Führer der verbündeten Parteien der Opposition eine Überraschung, nur mit dem Unterschiede, daß wir ihm mit leisen Zweifeln an dem Verstande der Mehrheit unsrer Wählerschaft, die Herren Richter und Windthorst dagegen ihm mit fester Zuversicht auf den Unverstand und die Leichtgläubigkeit derselben entgegengesetzt hatten, der Sieg der Regierung folglich für uns eine angenehme, für jene dagegen eine verdrießliche Überraschung war. Das deutsche Volk war nach dem oft bewährten Rezepte, daß die größten und frechsten Lügen bei der Masse die besten Dienste thun, unerhört angelogen worden, es bewies aber diesmal, daß es in seiner Mehrzahl seit der Konfliktzeit vor 1866 klüger geworden ist, und erweckte damit die Hoffnung, es werde an der Erfahrung weiter lernen, die Wahrheit von ihrem Gegenteile zu unterscheiden.

Recht von Herzen freuen wir uns, dies vorzüglich von den Wählern Sachsens berichten zu können, die weit überwiegend kund gaben, daß sie sich nicht mehr von der demokratischen Phrase beherrschen lassen, die 1848 in 20 von den 24 Wahlbezirken des Landes ihre Propheten in die Paulskirche sandte und später, mit dem Unsinn des Kommunismus zusammengemührt, nicht bloß

die Bevölkerung der Fabrikbezirke, sondern auch die der Hauptstadt, soweit Arbeiter sie bilden, in so weiten Kreisen bethörte, daß für die Zukunft arge Dinge zu fürchten waren. Jetzt dürfen wir stolz darauf sein, die Wählerschaft des Königreichs an der Spitze derer zu erblicken, welche unter der rechten Fahne kämpften und siegten.

Betrachten wir das Ergebnis der Wahlen nach seiner Wirkung auf den Bestand der Parteien, so sehen wir das Zentrum nur wenig geschwächt wiederkehren, und dasselbe gilt von seinen nächsten Anhängseln, den Protestlern des Reichslandes, denen auch der wackere Born von Bulach erlag, und den Polen. Von allen diesen Reichsfeinden war das zu erwarten. Das Zentrum wird nicht vom Papste und den Bischöfen, sondern von der Demokratie der Kapläne und ihrer kleinen Presse, nicht von der katholischen Idee, sondern vom Partikularismus und von dem Preußenhaffe hannoverscher, rheinischer, westfälischer und urbaierischer Gebiete regiert; die Schaar der reichsländischen Protestler folgt Anregungen und Verheißungen von Paris her, das, als es in Elsaß und Lothringen noch herrschte, das dortige Volk theils als Heloten behandelte, theils als Vöotier auslachte; die Polen thun, was ihr Adel und ihre Pfaffen sie heißen, welche ihrerseits sich nach den Fleischböpfen zurückziehen, die ihnen bereit standen, als Polen noch nicht verloren war; und das alles wird sich sobald nicht ändern, wenigstens noch nicht wesentlich, aber auch nicht allzuviel zur Sache thun, wenn die Vertreter der reichstreuen Parteien ihre Aufgabe begreifen und dichter und in weiterem Umfange als bisher sich um die Regierung des Kaisers schaaren. Sehen wir uns weiter um, so hat die süddeutsche Volkspartei, welche die demokratischen Überlieferungen von 1848 als unantastbares Heiligtum bewahrte, durch die Wahlen ihre sämtlichen sieben Mandate eingebüßt und damit wohl für immer parlamentarisch zu leben aufgehört. Ferner hat sich die Zahl des Ringes im Reichstagsgebäude auf der Leipziger Straße, der bisher es für Recht und Pflicht hannoverscher Reichsboten hielt, die Interessen des herzoglichen Reichsfeindes in Gmunden nach Kräften zu vertreten, einigermaßen vermindert. Ein ganz besonders unglückliches Schicksal hat endlich auch die Genossenschaft der Deutschfreisinnigen ereilt, ein Schicksal, das an die seligen Altliberalen erinnert, die, einst die ausschlaggebende Fraktion, zuletzt, als der Führer die Häupter seiner Lieben zählte, nur noch 11 Mannen stark auf dem Platze waren. Von den 64 Mandaten, über welche jene Urgesinnungstüchtigen im aufgelösten Reichstage geboten, wurden im ersten Wahlgange nur 13 behauptet und 26 verloren, darunter die von Größen wie Jordanbeck, Langerhans, Ausfeld, Möller und — Träger, den wir eigentlich als Poeten der „Gartenlaube“ und Typus eines wesentlichen Theils der Partei an erster Stelle nennen mußten. Gab es einen Trost bei solchem Mißgeschick im „Kampfe ums Recht,“ wie ein von der Clique verfaßtes, in einer Million Exemplaren verschicktes Flugblatt voll Schwindelphrasen ihr Treiben nannte, so war es der, daß einige andre Führer, der

Kapitän des Schiffs z. B., Herr Richter, und sein Obersteuermann, Herr Bamberger, sich aus dem Schiffbruche retteten. Die Hoffnung dagegen, bei den Stichwahlen würde noch mancher andre Gescheiterte aufzuspüren und auf's Trockne zu bringen sein, wird sich nur in geringem Maße erfüllen. Selbst in Berlin, das seit zwei Jahrzehnten als die „Hochburg des Fortschritts“ gepriesen wurde, zeigte sich beim ersten Wahlgange ein starker Rückgang der Partei. Die Kandidaten der Sozialdemokraten erhielten rund 94 000, die der vereinigten reichstreuen Parteien 72 000, die der Deutschfreisinnigen nur 66 000 Stimmen. Wo die Stichwahlen einen Sieg der letzteren herbeiführen sollten, werden sie ihn den Sozialdemokraten verdanken, man wird also künftig nur halb unrecht thun, wenn man von einem solchen nachträglich Geretteten sagt: „Der sozialdemokratische Abgeordnete M. N. äußerte“ u. s. w. Auch die Sozialdemokraten hatten bei den ersten Wahlen beträchtlichen Verlust, sie räumten bei acht derselben den Gegnern das Feld, und darunter waren solche, wo sie des Sieges sicher zu sein schienen. Die Stichwahlen werden ihnen jedoch wahrscheinlich so viele Mandate verschaffen, daß sie ungefähr in der bisherigen Stärke im Reichstage sitzen werden. Die Zahl ihrer Stimmen hat ferner an mehreren Orten, in Berlin z. B. gegen 1884 um mehr als 20 000, zugenommen, und man darf dieses Wachstum als eins der charakteristischen Merkmale der Wahlen vom 21. Februar bezeichnen. Es ist die Schattenseite derselben, wenn man sich erinnert, welchen Wust von Abgeschmacktheiten die Blumenlese aus der Schrift Babels enthielt, welche vor einiger Zeit im Reichstage von der Ministerbank mitgeteilt wurde, und wenn man damit die Thatsache zusammenhält, daß im deutschen Reiche Hunderttausende einfältig und leichtgläubig genug sind, den damals dem Gelächter aller Verständigen preisgegebenen Blödsinn wie ein Evangelium zu betrachten. Einen komischen Beigeschmack bekommt diese Erscheinung noch durch die Möglichkeit, daß die Stichwahlen die Vertretung unsrer Seestädte Leuten von diesem Schlage in die Hände spielen. Männer, die Sachverständige ersten Ranges auf dem Gebiete des deutschen Welthandels sind, erscheinen im Besitze ihrer Mandate ernstlich gefährdet. An ihre Stelle können leicht ein Schneider und ein Schulmeister treten, während Hamburg bereits sich des Segens erfreut, zur Wahrnehmung seiner maritimen Interessen einen Drechsler und einen Buchdrucker, beide aus dem Binnenlande, gewählt zu sehen. Kiel wird vermutlich durch einen Herrn, dessen pathetische Professorenweisheit nichts von Kolonien hören mag, Danzig durch einen Eisenbahndirektor a. D. vertreten werden. Am Ende erleben wir es noch, daß der Schiffskoch, welcher in Lübeck in Stichwahl steht, im neuen Reichstage der einzige ist, der einige Erfahrung im Seewesen aufzuweisen hat. In der That, wunderliche Blüten des allgemeinen Stimmrechts!

Trotzdem und trotz mancher andern Erscheinungen bei den Wahlen, die geeignet sind, den Jubel über deren Ausfall herabzustimmen, ist im ganzen und

großen viel Gutes damit erreicht worden. Wir sind mit der Beseitigung der oppositionellen Mehrheit gegenüber der Militärvorlage, die sich aus verbohrtten Demokraten, ultramontanen Partikularisten, Sozialisten und Reichsfeinden aus den Kreisen der Polacken und Talmisfranzosen zusammensetzte, einen Alp von der Brust los geworden. Die Mittelparteien im Verein mit den Konservativen haben fortan zunächst für einige Jahre in parlamentarischen Angelegenheiten die Oberhand, und es ist gute Aussicht vorhanden, daß sie ihnen weiter verbleiben werde, wie fest auch Herr Richter überzeugt sein mag, daß er und sein Gefolge das Gegenteil zu hoffen haben. Den Löwenanteil am Siege trugen die Nationalliberalen davon, und wir gönnen ihnen denselben in der Voraussetzung, daß sie, die seit dem Abzuge der bedenklichen Elemente ihres Lagers unter die Fahnen Richters und Virchows eine Partei geworden sind, mit der man wieder rechnen und wenigstens Kompromisse schließen kann, nicht wieder in alte Fehler und Irrtümer verfallen, sondern wie beim Entstehen der Partei mehr den Ton auf die erste als auf die letzte Hälfte ihres Namens legen, wenn es zu Gesetzesvorschlägen der Regierung Stellung zu nehmen gilt. Von den zweiundfünfzig Sitzen, die sie im letzten Reichstage einnahmen, sind sie bereits im ersten Wahlgange auf einige über siebenzig gekommen, und wenn ihnen von den Ergebnissen der Stichwahlen auch nur ein Drittel zuteil wird, so werden sie der Zahl nach die zweite, ja vielleicht die erste Stelle im Reichstage einnehmen wie in der Zeit vor 1879.

Das deutsche Volk hat durch die Wahlen vom 21. Februar dem Verstande über den Unsinn, der Wahrheit über die Lüge, dem Patriotismus über die partikularistische und sozialistische Vaterlandslosigkeit zum Siege verholfen. Es hat, sagt man, mit der Stellung, die es zum Septennat eingenommen hat, Deutschland und Europa den Frieden gesichert. Unser Heer wird infolge der Wahlen in dem Maße verstärkt werden, daß dem Erbfeinde im Westen die Lust vergehen wird, die lange von ihm vorbereitete Revanche ins Werk zu setzen, und wir haben anderseits den Franzosen gezeigt, daß der deutsche Einheitsgedanke und das Vertrauen zu der Weisheit der Reichsregierung die Mehrheit der Nation um sich geschart sehen. So wahr dies aber auch ist, so werden in Betreff der Sicherheit des Friedens doch auch jetzt noch einige Bedenken gestattet sein. Was wir schon vor vier Wochen schrieben,*) hat sich seitdem zu bestätigen begonnen. Sehr bald nach unsern dort geäußerten Zweifeln an der russischen Freundschaft begegnete man in den panslawistischen Blättern des Zarenreiches der Meinung, daß dieses bei einem deutsch-französischen Kriege durchaus nicht die Rolle von 1870 spielen dürfe, sondern eine gänzliche Niederwerfung Frankreichs verhindern müsse. Das waren Parteistimmen. In der letzten Woche aber folgten Kundgebungen ähnlichen Sinnes,

*) In dem Artikel „Die Kriegswolke im Westen,“ Seite 255.

die als officiösen Charakters mehr Beachtung beanspruchen durften. Man hat seitdem in Abrede gestellt, daß ihnen dieser Charakter zuzusprechen sei. Wir haben indes Grund, an dem Dementi, das sie als bloße Privatäußerungen bezeichnete, zu zweifeln, und so geben wir ihnen hier eine Stelle als wiederholte Mahnungen zur Vorsicht auch nach unsern östlichen Gesichtskreisen hin — eine Mahnung, die man im Gedächtnis behalten wolle.

Die in Rede stehenden Symptome der Wendung in den amtlichen Kreisen Petersburgs bestanden in Äußerungen des in diesen Kreisen gut angeschriebenen Korrespondenten der „Politischen Korrespondenz“ und in einem Artikel des Brüsseler Nord, der von dort inspirirt wird. In diesem merkwürdigen Briefe aus der russischen Hauptstadt tritt Rußland fast wörtlich so auf, wie wir es voraussetzten, d. h. als Wächter des europäischen Friedens und Vorkämpfer des Gleichgewichts der Kräfte, nicht Frankreich, sondern Deutschland gegenüber. Es stellt ferner die bulgarische Frage für den Augenblick in den Hintergrund und richtet seine Blicke fest auf die Lande am Rheine. Wenige denkende Russen, meint der Verfasser, befürworten ein Bündnis mit Frankreich, weil ein solches einen europäischen Krieg entzünden würde, den die russische Nation nicht wünscht. Anderseits machen gewisse unübersteigbare Antipathien ein festes Einvernehmen zwischen Rußland und Deutschland beinahe zur Unmöglichkeit, und die unangenehme Erinnerung an den Berliner Vertrag verhindert eine starke Annäherung beider an einander. Dieselbe würde auch den Zar nötigen, Österreich verschiedene Zugeständnisse zu machen. Ebenso würde Rußland, wenn es eine feindselige Stellung zum deutschen Reiche einnehmen wollte, Österreich Rüstungen gegen sich vornehmen sehen. Nun wünscht es aber aufrichtig den Frieden und die Erhaltung des Gleichgewichts der Mächte, und folglich muß es sich so verhalten, daß es jeden Anlaß zu Streit vermeidet. Will es für den Fall eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich imstande sein, eine hervorragende Rolle zu spielen, so ist es unbedingt notwendig, daß es eine unbekannte Größe bleibt, d. h. daß es keinen andern Staat ermutigt oder bedroht. Es ist nicht willens, seine Sicherheit und seine Interessen durch irgendwelches Bündnis Gefahren auszusetzen. Dann aber würde es, wenn es sich erst am Ende des Kampfes zwischen dem Sieger und dem Besiegten einmischen wollte, zu spät auf dem Felde erscheinen. Zeigte sich Frankreich zuletzt als die unterlegene Macht, so würde Rußland sich einer verhängnisvollen Zukunft aussetzen. Es würde gestattet haben, daß Frankreich durch Deutschland vernichtet worden wäre, dessen Allmacht es sich fortan gleichfalls zu unterwerfen gezwungen sein würde, deshalb ist der einzige Weg, den Rußland beschreiten kann, der, daß es eine Stellung einnimmt, bei welcher ein deutsch-französischer Krieg, wenn er ausbricht, keine derartige Gestalt annimmt, daß Frankreich völlig zu Grunde gerichtet wird. Rußland muß, wenn die Entscheidungstunde eintritt, seine Hände gänzlich frei haben. Es darf durch keinerlei Verbindung oder Verpflichtung mit Deutschland

geeffelt sein, und es darf seine Kräfte nicht in einem Streite mit Oesterreich oder England beschäftigt sehen. Aus diesem Grunde wird in den höchsten Kreisen Rußlands der bulgarischen Frage jetzt weniger Aufmerksamkeit geschenkt, Rußlands Blick muß vielmehr sich unablässig dem Rheine zuwenden, und es darf nur geringe Notiz von den platonischen Unterhandlungen nehmen, welche jetzt ohne irgendwelche Aussicht auf Erfolg in Konstantinopel betrieben werden. Das wird genügen, um Deutschland zu verhindern, daß es mit derselben Sicherheit wie 1870 handelt, und daß es wie damals seine östliche Grenze von Truppen entblößt läßt. Auf diese Weise werden die Streitkräfte Deutschlands und Frankreichs ausgeglichen sein.

Dieser Gedankengang kann Beunruhigung erwecken, weil er aus der nächsten Umgebung eines Staatsmannes zu stammen scheint, welcher bisher als eine Hauptstütze der guten Beziehung unsers östlichen Nachbarn zur Regierung des deutschen Reiches galt. Allerdings läßt sich der Betrachtung eine Deutung geben, welche weniger Bedenken einschließt. Die kühle Sprache, in welcher die bulgarische Angelegenheit erwähnt wird, könnte Schein sein, ja es wäre denkbar, daß diese Frage gerade die bewegende Ursache des ganzen Vorgehens der Russen in der Presse wäre. Man könnte damit die Absicht verfolgen, die deutsche Politik durch Drohungen von einer auch nur mittelbaren Einmischung in die Balkanfrage abzubringen, oder man könnte damit einen Vorwand aufgegriffen haben, mit dem sich ein beabsichtigter vorläufiger Rückzug der russischen Politik in Bulgarien erklären ließe. Diese Vermutungen haben indes wenig Zutreffendes, und zwar schon deshalb, weil die deutsche Politik in der bulgarischen Frage bisher nur vermittelt, nicht Partei ergriffen hat, auch nichts vorliegt, woraus geschlossen werden könnte, sie werde in Zukunft andre Wege einschlagen. Ist der Verdacht gerechtfertigt, daß die erwähnten Äußerungen von Blättern, die notorisch in Verbindung mit hohen russischen Kreisen stehen, die Meinung und Absicht dieser Kreise wieder spiegeln, so beginnt unsre in Nr. 6 geäußerte Befürchtung einzutreffen. Wir haben dann in jenen Äußerungen nicht, was sie sein wollen, ein Vorgehen zur Sicherung des Friedens, sondern eine Ermütigung der Franzosen zum Kriege vor uns, dem wir, weil uns ein Sieg über sie keine genügende Entschädigung für seine Kosten an Blut und Geld und Risiko verspricht, niemals suchen werden, und zugleich eine Bedrohung Deutschlands. Man sagt den Franzosen: Ihr könnt es immerhin wagen, denn ihr könnt viel gewinnen, aber nicht viel verlieren, weil wir das nicht dulden werden. Wir werden sorgen, daß der Sieger euch schonet. Und das wird nur den Franzosen, die allein an einen Angriff denken, verheißen, nicht auch den Deutschen, den voraussichtlich Angegriffenen. Die Schwächung der Franzosen ist von Bedeutung, die Schwächung der Deutschen nicht, die Macht Deutschlands ist ein schwerer Schade für Rußland, von der Allmacht Frankreichs nach der Niederwerfung seines nächsten östlichen Nachbarn schweigt des Sängers Höflichkeit. Das heißt offen für

die Träger des Revanchegedankens Partei ergreifen, das heißt das bisher für kaum denkbar gehaltene Gespenst eines russisch-französischen Bündnisses am Horizont aufsteigen lassen. Wir vermögen noch nicht recht zu glauben, daß der Nord wirklich die Gedanken der russischen Politik ausspricht. Aber es wird doch gut sein, sich nach seinen Äußerungen einzurichten oder sie wenigstens im Auge zu behalten, wenn es für unsre Verteidigungsmittel zu sorgen gilt, eine Aufgabe, vor welcher die Vertreter der Nation in der nächsten Woche schon stehen werden. Was aber das vielleicht nicht ferne russisch-französische Bündnis anlangt, so wäre es ohne Zweifel eine gewaltige Macht. Aber einmal dürfen wir uns dabei erinnern, daß das kleine Preußen des großen Ahnherrn unsers Kaisers einem Bündnisse aller damaligen Großmächte des europäischen Festlandes Stand hielt, und daraus schließen, daß ganz Deutschland zweien derselben gewachsen sein und bleiben würde. Dann aber schließen wir uns den Schlußworten eines Artikels der „Kölnischen Zeitung“ an, die aus besonders guter Quelle Anregung zur Betrachtung der Sache empfangen zu haben scheint. Dieselben lauten, nachdem vorher gesagt worden ist, „die Leiter der deutschen Politik haben zu jeder kritischen Stunde gezeigt, daß sie mehr als ein Pferd im Stalle hatten“: „Wenn Deutschland für Rußland als Bundesgenosse wirklich kein Interesse haben sollte, so denkt man anderwärts nicht so gering von dem Werte der deutschen Freundschaft, und wenn man in Petersburg einmal die Probe auf die Rechnung des Nord machen und in einem für Rußland entscheidenden Augenblicke Deutschland unter die Gegner der russischen Politik setzen wollte, so mag man sich am Ende doch noch bedenken, ehe man seine Rolle als das große X aufgibt und sich in den Dienst Frankreichs stellt. Es giebt ja auch außerhalb des Zarenreiches Leute, die glauben, Rußland sei ein Reich, das nur größer werden könne; wir aber gehören zu diesen Leuten nicht.“



Toynbee-Hall.

Von Gerhart Schulze.

(Fortsetzung.)



roß aller Verschiedenheit in Charakter und Schicksalen ist Arnold Toynbee doch aus demselben Boden hervorgegangen wie Eduard Denison. Toynbee war nicht nur Schüler, sondern sogar Lehrer in Oxford. Er trug im Balliolcollege die Fächer der Volkswirtschaft vor, und zwar vor allen den sogenannten Indian students, d. h. den künftigen Zivilbeamten für Indien. Er war mehr eigentlicher Gelehrter als Denison. In der Wissenschaft vertrat er eine Richtung, die in